

Was Japan falsch und Deutschland gut macht

Migration. Deutschland hat Japan als drittgrößte Wirtschaftsnation der Welt überholt. Das liegt auch am unterschiedlichen Zugang der beiden Länder in der Einwanderungspolitik. Japan bezahlt den Preis für jahrzehntelange Abschottung.

VON JUDITH KOHLENBERGER
UND KARL AIGINGER

Die Welt ändert sich rascher, als wir es erwarten. Zwei Kriege in oder nahe Europa, eine neue Weltordnung, geopolitische Verschiebungen und eine rapide voranschreitende Digitalisierung, gepaart mit der Notwendigkeit der Klimawende und der Verringerung der globalen Ungleichheit. In manchen Ländern sinkt die Bevölkerungszahl, in anderen verdreifacht sie sich.

Für Überraschung sorgte zuletzt die Nachricht, dass Deutschland Japan in der Wirtschaftsleistung überholt hat und drittgrößte Wirtschaft nach den USA und China geworden ist. Und das, obwohl die Bundesrepublik in einer Rezession stecken dürfte.

Japan dagegen schien Ende der 1980er-Jahre zum Technologieführer zu werden, unter anderem durch Just-in-Time-Produktion und hochqualitative Autos, Ton- und optische Geräte. In dieser Zeit wurde Deutschland „kranker Mann Europas“ genannt. Es war durch die Öffnung belastet, die „Neuen“ fanden überall Jobs, nur nicht in den westlichen Bundesländern. Zwar erholte sich Deutschland im Zuge der weltweit steigenden Nachfrage nach Industriegütern, teilweise auch durch eine neue Arbeitsmarktpolitik, jedoch wird nun das „deutsche Modell“ abermals hinterfragt. Die aktuelle Ampelkoalition ist unpopulär, ihre Alternativen noch mehr. Dennoch schaffte es die Bundesrepublik, die dritte Position zu erklimmen: Durch einen stärkeren Produktivitätsanstieg wurde Japan überholt. Wie kam das?

Bevölkerung wächst

In Deutschland wächst die Bevölkerung langsam, aber stetig. Vor allem durch Migration, sowohl regulär als auch über die humanitäre Schiene. In absoluten Zahlen liegt die Bundesrepublik auf Platz zwei der Länder mit dem höchsten Anteil an Migranten und Migrantinnen weltweit, nach den USA. Etwa 19 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen sind nicht im Land geboren, sondern zugewan-



Japan hat die älteste Bevölkerung der Welt, die Überalterung wird zunehmend ein wirtschaftliches Problem. [APA/AFP/Richard A. Brooks]

dert. Das ist zwar ein geringerer Anteil als in Australien oder Kanada, zwei weitere erfolgreiche Einwanderungsländer, aber ein höherer als in Großbritannien oder Frankreich. Insgesamt wuchs die Bevölkerung zuletzt auf 84 Millionen an, und es ist nicht ausgeschlossen, dass Deutschland 2050 mehr Einwohner haben könnte als Japan, das laut Prognosen nur mehr bei 104 Millionen halten wird. 2023 lag die Zahl bei 123 Millionen. Der Ausländeranteil beträgt lediglich 2,2 Prozent, die für Industriestaaten übliche, geringe Fertilitätsrate kann das nicht wettmachen.

Schon jetzt hat Japan die älteste Bevölkerung weltweit, das Durch-

ZUR PERSON

Judith Kohlenberger ist Generalsekretärin der Schumpeter-Gesellschaft Wien und Migrationsforscherin an der WU Wien.

Karl Aiginger ist Direktor der Europa-Plattform: Wien – Brüssel und lehrt an der WU Wien. Er leitete das Wifo.

schnittsalter liegt bei knapp unter fünfzig Jahren. Lange Zeit wollten Japaner „allein“ und „rein“ sein, auf Lokalen steht oft „nur für Japaner“ zu lesen. Für die restriktive Einwanderungspolitik, die sich während der Coronapandemie verschärft hat, erntete die konservative Regierung lang Zuspruch.

Nun aber zeigt sich die Kehrseite einer Politik der Abschottung in einer auf Export und Austausch ausgerichteten Welt. Experten konstataren eine technische Rezession, Konsum und Unternehmensinvestitionen sind gesunken. Japan investiert zwar im Ausland, kann aber kaum internationale Firmen anwerben. Das investierte Kapital ist niedriger als in Österreich. Der Verfall des Yen schreitet voran. Doch nicht nur die Wirtschaftsdaten zeichnen ein düsteres Bild: Umfragen zeigen, dass die Lebenszufriedenheit niedrig ist und sinkt. Nach einer Erhebung des Londoner Kings College ist der Rassismus nur im Iran und Russland stärker ausgeprägt als in Japan.

Von dieser Null-Einwanderungspolitik will sich Japan nun widerwillig abkehren. Aktiv sollen Fachkräfte aus dem Ausland angeworben werden, vom Ideal der ethnischen Homogenität muss man abweichen. Kinderbetreuungseinrichtungen werden ausgebaut, manche Gemeinden zahlen dafür, wenn Einwohner Kinder gebären. Ob sich damit der rasch voranschreitende Wandel aufhalten lässt, bleibt fraglich. Japan erfreut sich einer hohen Lebenserwartung, Japaner haben eine lange Arbeitszeit, Genderdifferenzen bleiben hoch.

Auch mit Blick auf die kommenden Jahrzehnte hat Deutschland die besseren Karten. Während 14 Prozent der deutschen Pensionistinnen sogenannten Migrationshintergrund haben, sind es bei den unter Fünfjährigen 42 Prozent. Diese „Superdiversität“ der Bevölkerung kommt nicht ohne Herausforderungen. Zuwanderung aus immer mehr und unterschiedlichen Herkunftsländern sorgt für größere ethnische, religiöse und sprachliche

Diversität, für die man neue, taugliche Konzepte braucht. Ein behäbiger Anerkennungsprozess von im Ausland erworbenen Qualifikationen macht es Zugewanderten schwer, ihr Humankapital einzubringen, wie sich am Beispiel der ukrainischen Vertriebenen zeigt: Sie sind gut ausgebildet, konnten bisher aber kaum auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen, und wenn, dann eher als Hilfs- statt als Fachkräfte.

Anwerben statt abschotten

Migration gilt es zu managen und zu regulieren, aber nicht zu verteuern. Der demografischen Krise in Industriestaaten lässt sich nicht durch Abschottung, sondern durch Anwerbung von Fachkräften, durch zeitgemäße Einwanderungsgesetze und stringente Integrationskonzepte entgegenretten.

Zwar mag es auch in Deutschland in all diesen Fragen Luft nach oben geben, aber im Vergleich mit Japan liegt das Land weit voraus. Das ist weder einer schlechteren Geld- und Fiskalpolitik noch mangelnden Industrie-Investitionen des Inselstaats geschuldet, sondern einer jahrzehntelangen hoch restriktiven Einwanderungspolitik. Die Staatsverschuldung in Japan ist ein Mehrfaches der Wirtschaftsleistung und funktioniert dadurch, dass Japaner die Schulden der Regierung kaufen, wieder ein „Nationalismus“, der langfristig zu Problemen führt.

Der Rückfall Japans durch Abschottung und Nationalismus ist wahrscheinlich bleibend und eine Warnung für alle Länder, die es ähnlich machen wollen. Und für alle Politikerinnen und Politiker, die davon zu profitieren versuchen.

Die Schumpeter-Seite entsteht in Kooperation mit der Schumpeter Gesellschaft. Die von Gastautorinnen und -autoren verfassten Beiträge müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Schumpeter
Gesellschaft
Wien

Klimawandel, Innovation und falsche Angewohnheit

Medienkritik. In der Debatte über den Klimawandel wird Scharlatanerie in den Medien oft mehr Raum gegeben als evidenzbasierter Wissenschaft. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Qualität des öffentlichen Diskurses.

VON JESUS CRESPO CUARESMA

Es scheint eine chronische Krankheit der Medien zu sein, die Arbeit bestimmter Scharlatane und Ideologen als Teil des wissenschaftlichen Diskurses zu betrachten. Dies zeigt sich in der Debatte über den Klimawandel und die durch die Wirtschaftswissenschaft vorgeschlagenen Lösungen dieser globalen Herausforderung. Positionen, die auf einer Mischung aus ideologischen Prämissen und pseudowissenschaftlicher Sprache basieren, wie die sogenannte Postwachstumstheorie, werden oft als respektable Alternativen behandelt. Die in der wirtschaftswissenschaftlichen Scientific Community vorherrschende Auffassung wird in den Medien häufig verkürzt als „Technologischer Fortschritt wird das Problem des Klimawandels lösen“ dargestellt. Diese vereinfachende Fehleinschätzung hat erhebliche Auswirkungen auf die Qualität der öffentlichen Diskussion.

Neueste Forschungsergebnisse in der Wirtschaftswissenschaft haben unser Verständnis der komplexen Wechselwirkungen von Markt, staatlichem Eingriff und (grüner) Innovation vertieft und zu einer Reihe von evidenzbasierten politischen Vorschlägen geführt. Obwohl die theoretischen Ergebnisse gemischt sind, zeigt die empirische Forschung, dass Wettbewerb die Innovation auf Märkten mit oligopolistischen Strukturen stimuliert und umweltfreundliche Einstellungen der Verbraucher entscheidend für innovative Aktivitäten von Unternehmen sind. Ebenso ist bekannt, dass Klimapolitik die Energiepreise beeinflusst und dadurch Investitionen in grüne Technologien sowie deren Verbreitung über Unternehmen fördert. Die effizientesten Innovationspolitik-Instrumente für Regierungen hängen vom Planungshorizont ab: Kurzfristig reagieren Innovationsaktivitäten besonders auf Forschungs- und Entwicklungszuschüsse, während langfristig Investition

tionen in Universitätsbildung als effektiv erscheinen.

Die Vermittlung der wissenschaftlichen Erkenntnisse über das komplexe Zusammenspiel von Marktstruktur, Politik und Innovation ist keine leichte Aufgabe. Darüber hinaus erfordern die angeordneten Lösungen Koordinationsbemühungen von Institutionen wie wettbewerbspolitischen Behörden, Steuerpolitik sowie nationalen und supranationalen Forschungsförderungseinrichtungen.

Antiwissenschaftliche Ansätze

In der (Mainstream-)Wirtschaftswissenschaft konzentriert sich die Diskussion um Innovation und Klimawandel auf die Überwindung von Koordinationsproblemen und die Erreichung von Anreizkompatibilität in der Politik. Im Gegensatz dazu ersetzen selbst ernannte „kritische Denker außerhalb des Mainstream-Konsenses“ die vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse durch Vorurteile und Ideologie. Es ist besonders

schmerzhaft zu sehen, dass solche antiwissenschaftlichen Ansätze zur Gestaltung der Klimapolitik häufig durch nationale und internationale Fördermittel belohnt werden, ein sehr beunruhigendes Symptom für Ineffizienzen bei der Vergabe von Forschungsmitteln in den Sozialwissenschaften.

Die empirische Literatur hebt hervor, wie die Energieintensität des Sektors und das Ausmaß des Marktwettbewerbs den Effekt von Politikmaßnahmen, einschließlich Informationskampagnen zur Förderung umweltfreundlichen Verhaltens, beeinflussen. Trotz fehlender Einheitslösung für die weltweite Beschleunigung grüner Innovationen bietet die moderne Wirtschaftswissenschaft den politischen Entscheidungsträgern einen zuverlässigen Kompass, um die Folgen ihrer Handlungen bei der Umsetzung von Innovationspolitik vorherzusagen und zu verstehen. Diese vielfältigen Ergebnisse zur Rolle der Politik als Treiber grüner Innovation, basierend auf moder-

nen quantitativen Methoden, stehen im Kontrast zu ideologiebasierten Lösungen der „alternativen Theorien“, die oft aufgrund von falscher Ausgewogenheit medial präsentiert werden. Die Verbesserung der Qualität des öffentlichen Diskurses setzt voraus, dass Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ihre Forschungsergebnisse klar und präzise kommunizieren, aber auch, dass Journalisten und Journalistinnen in der Lage sind, den Unterschied zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Scharlatanerie zu erkennen.

Es liegt außerdem in der Verantwortung der Wissenschaft, die Ungewissheit, mit der unsere empirischen Erkenntnisse behaftet sind, deutlich zu machen. Um Bertrand Russell zu zitieren: Wenn jemand sagt, er wisse die exakte Wahrheit über etwas, dann kann man sicher sein, dass er ein ungenauer Mensch ist.

Jesus Crespo Cuaresma ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der WU Wien.